

INFORMATIONEN DER EDU THURGAU

Oktober 2026

EDU

Aktuell

LIEBE MITGLIEDER UND FREUNDE DER EDU

*Sie schießen ihre Lügen ab wie Pfeile;
sie besitzen die Macht im Land, weil
sie betrügen, und nicht, weil sie die
Wahrheit lieben. Sie begehen ein
Verbrechen nach dem anderen und
wollen mich nicht als ihren Gott
anerkennen.*

Jeremia 9,2

Wenn ich die Tagespolitik betrachte,
erkenne ich immer wieder Machen-
schaften, wie sie das Wort der Bibel
beschreibt. Ich bin Jesus dankbar,
dass ich ihn kennen darf und er mir
immer neu seinen Weg weist, den
Weg der Wahrheit.

Als EDU eifern wir danach, die Wahr-
heit zu finden und in unserer Politik
hinauszutragen. Fehlerfrei sind wir
dabei nicht. Es braucht unser Enga-
gement dringend, um Missstände
und Verbrechen aufzudecken und
die durch Lug und Trug erlangte
Macht zu brechen.

Ich wünsche dir Gottes Segen und
Erkenntnis der Wahrheit.

Herzlichst euer Parteipräsident,

Christian Mader



An der Mitgliederversammlung der EDU Thurgau vom 20. Oktober 2026 im BiG (Giessenpark) Weinfelden wurden die Parolen für die Abstimmung am 29. November 2026 gefasst.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

6 Ja-Stimmen
35 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Edith Wohlfender
Kantonsrätin SP



Mathias Tschanen
Kantonsrat SVP



Mathias Tschanen, Christian Mader und
Edith Wohlfender beantworten Fragen

ZUSATZFINANZIERUNG DER 13. AHV-RENTE

Die Pro-Position vertrat Edith Wohlfender, Kantonsrätin SP TG.

Das Schweizer Volk habe die 13. AHV-Rente angenommen, ohne gleichzeitig deren Finanzierung zu regeln. Wer dazu Ja gesagt habe, müsse nun auch die notwendige Finanzierung mittragen. Obwohl diese Lösung mit der Mehrwertsteuer-Erhöhung nicht optimal sei, entlaste sie die Finanzen der AHV für die kommenden Jahre. Die grundlegenden Lebensmittel seien von der MwSt.-Erhöhung ausgenommen.

Die Gegenposition vertrat Mathias Tschanen, Kantonsrat SVP TG.

Bevor zusätzliche Mittel in die AHV flössen und die Steuern erhöht würden, brauche es strukturelle Reformen. Arbeitnehmer, Unternehmen und Konsumenten dürften nicht zusätzlich belastet werden. Das Volk habe mit seiner Zustimmung zum Grundsatz einer 13. AHV-Rente keineswegs einer erneuten Steuererhöhung zugestimmt. Zudem werde mit der vorliegenden Vorlage nur die Hälfte der Mehrkosten gedeckt. Es gelte, die AHV-Revision 2030 abzuwarten.

ÄNDERUNG DES KRIEGSMATERIALGESETZES

Mathias Tschanen stellte die Vorlage vor und Argumente für Zustimmung.

Die geopolitische Lage habe sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Für die Änderung spreche, dass die Schweiz eine eigene Rüstungsindustrie benötige, um ihre bewaffnete Neutralität zu sichern und die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern. Zudem würden Arbeitsplätze, Lehrstellen und innovatives Know-how gesichert.

Edith Wohlfender vertrat die Seite der Gegner.

Sie warnte vor Waffenexporten in kriegsführende Länder und Schurkenstaaten. Die Kontrolle über Waffenexporte, welche heute gut funktioniere, sei mit der Annahme der Vorlage nicht mehr gewährleistet. Weiter begründete sie ihre Ablehnung mit pazifistischen Überlegungen. Zudem stelle das Gesetz eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit und Neutralität der Schweiz dar.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

JA-PAROLE

22 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

VOLKSINITIATIVE EINSCHRÄNKUNG VON FEUERWERK

Iwan Wüst, EDU Bezirk Münchwilen, informierte über die Initiative.

Das Initiativ-Komitee will Menschen und Tiere vor dem schädlichen und unnötigen Feuerwerkslärm schützen. Hier stellt sich die Frage: Was ist unnötig?

Art. 74a Feuerwerk
(Bundesverfassung)

Abs. 1: Der Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen, sind verboten.
Hier stellt sich die Frage: Ab welchem Messwert gilt dieses Verbot?

Abs. 2: Für Anlässe von überregionaler Bedeutung kann die zuständige kantonale Behörde auf Gesuch hin Ausnahmegewilligungen erteilen.

Hier stellt sich die Frage: Was ausser einem Seenachtsfest ist überregional?

Abs. 3: Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.

Ich habe Verständnis, dass Tierhalter ihre Tiere vor der endlosen Knallerei schützen wollen. Wir hatten selbst Hunde, die jeden 1. August sehr litten. Doch diese Initiative geht für mich zu weit.

Wenn nicht einmal Städte oder Firmen zu einem Jubiläum ein Feuerwerk durchführen können, wäre ein totales Verbot ehrlicher gewesen.

Ich persönlich stimme gegen diese Initiative. Auch die EDU Schweiz, der Nationalrat und der Ständerat lehnen die Initiative klar ab.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

9 Ja-Stimmen
30 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen



Iwan Wüst
Bezirkspräsident Münchwilen, EDU



Marcel Wittwer
Vizepräsident und Kantonsrat EDU



Christian Mader führt durch
die Versammlung

FAIRNESS-INITIATIVE

Marcel Wittwer, Vizepräsident und Kantonsrat EDU, erklärte, worum es bei dieser Initiative geht.

Die Heiratsstrafe soll weg – aber wie? Vor einem halben Jahr hat das Schweizer Stimmvolk die Individualbesteuerung angenommen. Damit wurde die Heiratsstrafe unbestrittenermassen abgeschafft, doch auf eine völlig übertriebene Art und Weise. Mit der Fairness-Initiative soll die Heiratsstrafe auch abgeschafft werden, nur mit milderem Mitteln. Statt das Steuersystem auf Stufe Bund und Kantone zu revolutionieren, wird

lediglich eine Korrektur in der Verheiratetenbesteuerung auf Stufe Bund vorgenommen, um die Benachteiligung gegenüber Unverheirateten zu eliminieren. Damit sollen die Ehepartner weiterhin gemeinsam und nicht individuell besteuert werden – ohne Heiratsstrafe. Die Erwerbs- und die Betreuungsarbeit kann individuell aufgeteilt werden. Dies im Unterschied zur Individualbesteuerung, die Anreize zur vermehrten Erwerbstätigkeit der Frauen setzt, weil die traditionelle Familie in gewissen Kreisen völlig zu Unrecht ein antiquiertes Image hat.

«Ehe und Familie sind für uns weit mehr als eine steuerliche Kategorie.»

EDU Schweiz

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

JA-PAROLE

39 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

WAHLEN 2027

Gemeindeparlamente Weinfelden und Frauenfeld

Die EDU Thurgau steht mitten in diversen Wahlvorbereitungen.

In Weinfelden und Frauenfeld werden im Frühling 2027 die Gemeindeparlamente neu bestellt. Beide visieren den zweiten Sitz an.

Nationalrats- und Ständeratswahlen

Im Herbst 2027 werden National- und Ständerat neu gewählt.

Im Thurgau treten fünf der sechs Nationalräte und Nationalrätinnen wieder an. Die EDU Thurgau wird mit zwei Listen antreten (EDU und Junge EDU) und ist in intensiven Listenverbindungsverhandlungen.

Anders sieht es bei den Ständeratswahlen aus: Beide Sitze sind neu zu bestellen. Die EDU wird eine Ständeratskandidatur stellen.

VERNEHMLASSUNGEN

www.vernehmlassungen.tg.ch



Folgende Geschäfte befinden sich zur Zeit in einer Vernehmlassung:

DATUM	VERNEHMLASSUNG	DEPARTEMENT	FRIST
23.09.2026	Das IPV-System im Thurgau soll gerechter werden	DFS	03.01.2027
04.09.2026	Baugesuche sollen digital abgewickelt werden können	DBU	11.12.2026

Protokollführung

**Die aktuelle Protokollführerin
Ruth Lips hat auf Ende 2026 ihren
Rücktritt angekündigt.**

*Liebe Ruth, dein Einsatz sei dir herzlich
verdankt!*

Die EDU Thurgau sucht eine neue Protokollführerin oder einen neuen Protokollführer per Januar 2027. Der Aufgabenbereich beinhaltet die Protokolle der Kantonalvorstandssitzungen und der Mitgliederversammlungen.

Bei Interesse gerne im Sekretariat melden!



Christian Mader, Präsident



Marcel Wittwer, Vizepräsident

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

EDU Kanton Thurgau

Sekretariat
Hellmühlestrasse 9
8580 Amriswil

079 343 01 29
tg@edu-schweiz.ch
www.edu-tg.ch

IBAN: CH81 8080 8001 3732 7246 0